



26. Februar 2019

Einkommensrunde 2019

Warnstreik in ganz NRW, Demo in Düsseldorf – Silberbach: "Die Länder schaffen sich ab"

Kurz vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder haben sich Beschäftigte in ganz NRW am 26. Februar 2019 an einem Warnstreik beteiligt. Alleine in Düsseldorf gingen mehr als 10.000 von ihnen für höhere Einkommen auf die Straße. Die Demonstration endete mit einer Kundgebung vor dem nordrhein-westfälischen Landtag.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte dort: "Die Bundesländer arbeiten offensichtlich hart daran, sich selbst abzuschaffen. Immer mehr Aufgaben bleiben liegen, immer mehr Kompetenzen wandern zum Bund. Und warum? Die Länder sind nicht bereit, in ihr Personal zu investieren. Stellen werden befristet oder gleich ganz gestrichen. Die Bezahlung ist im Vergleich zu Bund und Kommunen nicht konkurrenzfähig – von der Privatwirtschaft ganz zu schweigen. Von Wertschätzung für das Bestandspersonal ist nichts zu sehen. Der öffentliche Dienst der Länder mit seinen fast 2,4 Millionen Beschäftigten wird sehenden Auges vor die Wand gefahren. Aber das werden wir nicht zulassen."

Die Arbeitgeberseite (Tarifgemeinschaft deutscher Länder - TdL) mit dem Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz an der Spitze müsse nun endlich den Weg für einen ordentlichen Tarifabschluss freimachen. "Statt sich hinter den klammen Stadtstaaten zu verstecken, muss die Landesregierung von NRW endlich Farbe bekennen. Ich erwarte von Ministerpräsident Laschet und seinem Finanzminister Lienenkämper, dass sie ihren Einfluss in der TdL nutzen, damit auch zukünftig Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Infrastruktur flächendeckend gewährleistet sind", so der dbb Verhandlungsführer.

Der dbb Landeschef in NRW, Roland Staude, wies auf die drängenden Probleme bei der Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung hin. "Die Kolleginnen und Kollegen leisten einen wertvollen Dienst für die Gesellschaft und genau diese Sinnhaftigkeit suchen viele junge Menschen. Das reicht aber nicht. Wir müssen verlässliche Perspektiven, gute Karrierechancen und nicht zuletzt ordentliche Einkommen bieten. Das gilt natürlich für die Tarifbeschäftigten und die Beamtenschaft gleichermaßen. Daher erwarten wir nicht nur einen zukunftsweisenden Tarifabschluss, sondern auch, dass dessen Volumen zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen wird."





Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind in NRW mehr als 750.000 Beschäftigte betroffen: Über 188.000 Tarifbeschäftigte des Landes sowie über 566.000 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Der letzte vereinbarte Verhandlungstermin ist für den 28. Februar - 1. März 2019 (in Potsdam) angesetzt.

Wir fordern:

Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent, mindestens 200 Euro; Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro; Erhöhung der Pflegetabelle zusätzlich um 300 Euro; Wiederinkraftsetzung der Vorschrift zur Übernahme von Auszubildenden; Schaffung von Regelungen über die Ausbildungsbedingungen von Studierenden in ausbildungs- / praxisintegrierten dualen Studiengängen.

Kontakt:

dbb Pressesprecher Dr. Frank Zitka Telefon: 030.40 81-5510 Mobil: 0170.492 00 59

E-Mail: zitka@dbb.de

www.dbb.de

facebook.com/dbb.online twitter.com/dbb_news

DBB NRW Pressesprecherin Johanna Muschalik

Telefon: 0211/49 15 83-13 Mobil: 0152/28 42 52 01

E-Mail: johanna.muschalik@dbb-nrw.de

www.dbb-nrw.de